

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 02.12.2019 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	40

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Jürgen Hartmann

Herr Gerhard Hussong

Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Frau Helga Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Stefan Sefrin
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Frau Claudia Sofsky
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Stephanie Clauer

von der Verwaltung

Frau Iris Brandt
Frau Judith Diener
Herr Hagen Hürter
Herr Oliver Minakaran
Herr Maximilian Zwick

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Dr. Hans-Günther Clev

| Zukunftsregion Westpfalz e.V.

Abwesend:

Mitglieder

Frau Brigitte Freihold
Herr Frank Fremgen
Frau Heidi Kiefer
Herr Berthold Stegner
Herr Steven Wink

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Ratsmitglied Eyrisch bittet den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.11.2019 „Regionale Synergien in der Wirtschaftsförderung weiter stärken“ gemeinsam mit TOP 1 zu beraten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion unter TOP 1 zu beraten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Bericht über die Firma Tesla – Arbeit der ZukunftsRegion Westpfalz e.V.
2. Bericht der Kuratorin im Forum Alte Post
3. Aufhebung der Fleischhygienekontrolle-Satzung
4. Vollzug BauGB
 - 4.1. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Aufstellung des Bebauungsplans P 200 „Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“
 1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans P 200 „Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“ nach § 13 BauGB
 2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB
 3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden nach § 4 (2) BauGB
5. Feststellung von Kostenvoranschlägen
 - 5.1. Umsetzung Paket 3 des Kanalsanierungskonzeptes
6. Anträge der Fraktionen
 - 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.11.2019, bzgl. „Regionale Synergien in der Wirtschaftsförderung weiter stärken“
 - 6.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.11.2019, bzgl. „Schaffung von Möglichkeiten zum Sport- und Freizeitklettern“
7. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Bericht über die Firma Tesla - Arbeit der ZukunftsRegion Westpfalz e.V.

Der Vorsitzende erklärt, Pirmasens habe sich als Wirtschaftsstandort gut entwickelt. Die Zusammenarbeit der Leiter der Wirtschaftsförderungen in Pirmasens, Zweibrücken und des Landkreises Südwestpfalz sei hervorragend.

Die Städte und der Landkreis könnten voneinander profitieren und gemeinsam die Region stärken. Diese gute und enge Zusammenarbeit könne auch durch verschiedene Ansichten zum Thema Outlet nicht getrübt werden.

Der Vorsitzende führt aus, Herr Dr. Clev stelle nun zusammengefasst die Arbeit der Zukunftsregion Westpfalz, anhand des aktuellen Beispiels der Bewerbung bei der Firma Tesla, dar.

Hierfür sei Herr Dr. Matheis in der Vergangenheit stark kritisiert und zum Teil sogar beleidigt worden, obwohl er sich als Impulsgeber der Bewerbung für die Region eingesetzt habe.

Für eine erfolgreiche Bewerbung sei jedoch Verschwiegenheit eine der Grundvoraussetzungen gewesen.

Herr Dr. Clev, Geschäftsführer der Zukunftsregion Westpfalz, erklärt, die Zukunftsregion sei vor 7 Jahren gegründet worden, wobei die Stadt Pirmasens von Beginn an beteiligt gewesen sei.

Die Mobilisierung von Kräften aus der Region für die Region stünde im Vordergrund. Hierbei sei es wichtig neutral zu bleiben, auch wenn die Politik beteiligt sei. In den vergangenen Jahren seien mehrere 100 Projekte durch die Zukunftsregion Westpfalz begleitet worden, wobei die Bewerbung um die Firma Tesla eines der größten Projekte gewesen sei.

Herr Dr. Clev stellt den Verlauf der Bewerbung anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) dar und führt aus, im Jahr 2017 sei Herr Dr. Matheis in einer Vorstandssitzung mit dem Vorschlag hervorgetreten, eine Bewerbung bei der Firma Tesla, um den Standort für eine neue Batteriefabrik, einzureichen.

Hierzu wurde eine kleine Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Impulsgeber gegründet. Um die Anforderungen einer solchen Bewerbung eruieren zu können, sei viel Recherchearbeit erforderlich gewesen.

Es habe sich schnell gezeigt, die Grundvoraussetzung sei Verschwiegenheit während des gesamten Auswahlverfahrens. Einige Kommunen, die sich ebenfalls um den Standort des Bauvorhabens der Firma Tesla beworben hätten, seien aufgrund mangelnder Diskretion aus dem Verfahren ausgeschlossen worden.

Nach einer Konkurrenzanalyse sei deutlich geworden, die Bewerbung mit dem ca. 150 ha großen Gelände des ehemaligen Flughafens in Zweibrücken, könne Aussicht auf Erfolg haben.

Nach Vorstellung eines ersten Konzeptes im Vorstand, sei schnell die Entscheidung getroffen worden, eine professionelle Bewerbung durch ein externes Büro erarbeiten zu lassen.

Herr Dr. Clev zeigt das Bewerbungsvideo.

Er führt weiter aus, dank der Beziehungen von Herrn Dr. Matheis zum Bundeskanzleramt, sei die Bewerbung an die Firma Tesla übermittelt worden, welche danach in der ersten „Shortlist“ in die engere Auswahl gekommen sei.

Hierbei hätten sich die Anforderungen an den potenziellen Standort der Batteriefabrik erhöht.

Der Produktionsbeginn hätte innerhalb eines Jahres gesichert sein müssen. Die Firma Tesla setze aufgrund bisheriger Erfahrungen in China, eine direkte Gleisverbindung zur Produktionsstätte voraus.

Die Zukunftsregion Westpfalz habe das, innerhalb von 4 Wochen erforderliche, Gutachten über die Errichtung einer Gleisverbindung in Auftrag gegeben und finanziert. Da dieses Gutachten bestätigt hätte, dass eine Errichtung innerhalb eines Jahres aufgrund der Höhenunterschiede nicht umsetzbar sei, hätte die Arbeitsgruppe der ZRW eine Alternativlösung erarbeitet, um die Transporte während der Bauarbeiten der Gleisverbindung zu überbrücken.

Da der Standort in Zweibrücken auch auf die zweite Shortlist, also unter die letzten 3 möglichen Standorte gekommen sei, hätte ein 7-stündiger Ortstermin mit Vertretern der Firma Tesla stattgefunden, in dem verschiedene Detailfragen geklärt worden seien.

In den letzten Stufen des Auswahlverfahrens, seien die Anforderungen nochmals gestiegen. Die geforderte Fläche hätte sich auf ca. 300 ha erweitert, da neben der ursprünglich geplanten Batteriefabrik, zusätzlich eine Autofabrik geplant würde.

Diese Anforderungen hätte die Zukunftsregion Westpfalz mangels zur Verfügung stehender Flächen und topografischer Einschränkungen nicht mehr erfüllen können, weshalb die Wahl am 12.11.2019 auf einen Standort in Berlin gefallen sei.

Herr Dr. Clev teilt mit, auch wenn die Firma Tesla nicht zugunsten des Zweibrücker Standortes entschieden hätte, könne die Region stolz auf die geleistete Arbeit sein. Die Bewerbung der Zukunftsregion Westpfalz sei auf Platz 3 von 400 möglichen Standorten gewählt worden.

Durch diese Bewerbung sei das Interesse für die Region gestiegen.

Ratsmitglied Dr. Matheis stellt den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion bezüglich „Regionale Synergien in der Wirtschaftsförderung weiter stärken“ gemäß Antragstext vor (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

Er führt aus:

„An dieser Stelle möchte ich als Beteiligter des Bewerbungsverfahrens um die Ansiedlung von Tesla in der Region und zum Antrag der CDU Fraktion vier Bemerkungen machen:

1. Ich bitte Sie nachträglich um Verständnis dafür, dass ich die Öffentlichkeit und den Stadtrat während des laufenden Bewerbungsverfahrens nicht über die Bewerbung der Zukunfts Region Westpfalz zur Ansiedlung einer GIGA factory und meine Beteiligung daran unterrichtet habe.

Über meine Kontakte zum Europabeauftragten von Tesla wusste ich, dass sich bereits 2017 einige Städte und Regionen in Deutschland und Europa beworben hatten. Diese Bewerbungen wurden allesamt bei Tesla, da man genau diese Publizität vermeiden wollte, ausgesondert.

Deshalb war in diesem Bewerbungsverfahren äußerste Diskretion geboten, was auch alle die später in das Verfahren eingebunden wurden dankenswerter Weise eingehalten haben. Sie werden verstehen, dass mir diese Diskretion, in Anbetracht von Mutmaßungen und Vorwürfen Anfang letzten Jahres, die Stadt Pirmasens habe im Bewerbungsverfahren um Tesla geschlafen, selbst nicht leicht gefallen ist.

2. Die Tesla Bewerbung war keine lokale Bewerbung der Stadt Zweibrücken, sondern eine regionale Bewerbung der Zukunft Region Westpfalz.

Wer die regionale Berichterstattung der Pirmasenser Zeitung vom 16. November 2019 über die Stadtratssitzung in Zweibrücken vom 13. November 2019 gelesen hat, könnte zu einem vollkommen anderen Schluss kommen.

Dort wurde der Eindruck erweckt, als habe die Zukunftsregion Westpfalz im Bewerbungsverfahren, wenn überhaupt, nur eine unbedeutende Randrolle gespielt.

Das Gegenteil war aber, wie Sie der Präsentation von Herrn Dr. Clev entnehmen konnten, der Fall. Die Weichen dafür, dass die Region Westpfalz unter mehr als 400 europaweiten Bewerbungen im Auswahlverfahren unter die letzten drei gekommen ist, wurden durch die Ihnen jetzt vorliegende Bewerbung und eine intensive Nacharbeit auf der Ebene der ZRW, gestellt. Die Bewerbung selbst wurde durch die ZRW in Höhe von 50.000 € finanziert, ebenso ein Zusatzgutachten am Ende des Verfahrens zu einem möglichen Gleisanschluss.

Das Bundeskanzleramt konnte für eine Unterstützung der Bewerbung gewonnen werden und das Wirtschaftsministerium und die Firma Triwo waren seit Mitte 2018 in das konkretisierte Bewerbungsverfahren eingebunden und haben dies hervorragend begleitet.

Die Bewerbung zeigt, welche Potentiale unsere Region auch für große Unternehmensansiedlungen hat und wie leistungsfähig und kompetent die ZRW unsere Region Westpfalz hier vertritt.

3. Ehre, wem Ehre gebührt. Der zentrale Treiber bei der Tesla Bewerbung, die die exzellenten Potenziale unserer Region Westpfalz herausgearbeitet und zusammengeführt hat, war Dr. Hans-Günther Clev, der Geschäftsführer der ZRW. Er hat im gesamten Verfahren mit seinem Geschäftsstellen-Team und mit unserem Projektteam unter hohem Einsatz alle relevanten Daten und Fakten zusammengetragen, die exzellente Bewerbung organisiert und auch danach die Koordination des weiteren Prozesses unermüdlich betrieben.

Für mich ist er die Schlüsselperson in diesem denkwürdigen Prozess. Wir können als Region stolz darauf sein, solche Zukunftsbetreiber zu haben.

4. Zukunfts Region Westpfalz und Standortinitiative Südwestpfalz in Ergänzung.

Auf der Basis der guten Erfahrungen und konkreten Projekte der ZRW in der Stadt Pirmasens (freies WLAN, initiative pro Fachkraft, Unterstützung der Messe Kreativiti u.a.) ist es jetzt richtig im Sinne des CDU Antrags zur Standortinitiative Südwestpfalz einen weiteren Schritt zu gehen:

Im Gegensatz zur Stadt Pirmasens haben sich Zweibrücken und der Landkreis Südwestpfalz bisher nicht nennenswert finanziell an den Initiativen und Aktivitäten der Zukunfts Region Westpfalz beteiligt.

Es besteht nunmehr offenkundig die Bereitschaft dazu dies zu ändern. Dann macht es auch für die Stadt Pirmasens Sinn, sich mehr in der Standortinitiative Südwestpfalz einzubringen.

In der ZRW engagieren sich mittlerweile neben kommunalen Gebietskörperschaften, der TU, Hochschule und Forschungseinrichtungen mehr als 250 Unternehmen aus der gesamten Region. Dies schafft eine kompetente und vielfältige Basis für großräumige Initiativen der Wirtschaftsförderung und des Innen- und Außenmarketing. Wenn sich dort auch der Landkreis Südwestpfalz und die Stadt Zweibrücken mehr als bisher engagieren, ist es gut, wenn sich die Stadt Pirmasens mehr in die Standortinitiative Südwestpfalz einbringt, um dort zum Beispiel gemeinsame Gewerbeflächen- Potenziale zu heben und die Wirtschaft ortsnah zu unterstützen und zu begleiten. Entgegen mancher Mutmaßungen funktioniert dies unter den Wirtschaftsförderungen im operativen Bereich seit Jahren sehr gut. Wenn eine strategische Abgrenzung, aber auch Abstimmung und Unterstützung der Projekte, Initiativen und Aufgaben der ZRW und der Standortinitiative erfolgt, entsteht so eine Win-Win-Situation. Ich bitte Sie insoweit den Antrag zu unterstützen.“

Ratsmitglied Weber erklärt, die Botschaft dieser Stellungnahme sei angekommen und gerechtfertigt.

Die AfD habe in der Presse dem ehemaligen Oberbürgermeister Untätigkeit vorgeworfen, obwohl genau die bemängelten Punkte im Hintergrund bearbeitet worden seien. Für die Aussagen entschuldige er sich nun offiziell.

Nach dieser Offenlegung der Situation, verstehe er das Handeln des Herrn Dr. Mathis.

Der Antrag sei zu unterstützen, jedoch könne neben dem Beitritt in die Standortinitiative, die Zusammenlegung der beiden Initiativen geprüft werden.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, bereits im Jahr 2011 sei das vorgestellte Konzept der Standortinitiative sehr oberflächlich dargestellt worden.

Die marode und kostenintensive Zusammenarbeit sei dadurch nur minimal verbessert worden.

Daher sei im Jahr 2013 der Beschluss gefasst worden, aus der Standortinitiative aus- und in die Zukunfts Region Westpfalz einzusteigen.

Es seien einige Jahre vergangen, in denen die Zusammenarbeit der Standortinitiativen keine wesentlichen Änderungen gezeigt hätte.

Daher sei dem erneuten Beitritt nicht zuzustimmen.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich bei Herrn Dr. Clev und der Zukunfts Region Westpfalz für die erbrachte Leistung. Die Region müsse weiter vorangebracht werden, so könnten viele verschiedene Bereiche, wie z.B. Tourismus, gefördert werden, weshalb der Antrag unterstützt werden solle.

Der Vorsitzende berichtet, als nächster Schritt müssten Gespräche mit der Standortinitiative aufgenommen werden. Er schlage daher vor, in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen über Detailfragen zu beraten und die entstehenden Kosten zusammenführen.

Ratsmitglied Hussong wirft ein, eine Verweisung in den Hauptausschuss sei nicht notwendig. Der Wortlaut des Antrags sei eindeutig formuliert. Die CDU beantrage das Engagement der Standortinitiative Südwestpfalz wieder aufleben zu lassen, diese gemeinsam weiter zu entwickeln und so das wirtschaftliche Profil der Region weiter zu schärfen. Parallel hierzu solle das Engagement in der Zukunfts Region Westpfalz in gleicher Stärke fortgeführt werden.
Er sehe den Rat nach den bisherigen Wortbeiträgen in der Lage, direkt über den Antrag abzustimmen.

Der Vorsitzende bestätigt es könne eine Grundsatzentscheidung getroffen und in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen über Detailfragen beraten werden.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der CDU-Stadtratsfraktion bei 2 Gegenstimmen, mehrheitlich zu.

zu 2 Bericht der Kuratorin im Forum Alte Post

Der Vorsitzende führt aus, auf Anfrage von Ratsmitglied Sheriff vom 24.06.2019 stelle sich heute Frau Veit, als Kuratorin im Forum Alte Post, vor.
Er selbst sei an dem Auswahlverfahren von Frau Veit beteiligt gewesen und habe von Beginn an das große Interesse für das Forum Alte Post bemerkt.

Frau Veit erklärt, die Arbeit im Forum Alte Post könne am besten anhand des Veranstaltungsplans für das Jahr 2020 dargestellt werden (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) und stellt verschiedene Ausstellungen mit den jeweiligen Künstler vor.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, das Spektrum dieser Veranstaltungen gehe weit über Hugo Ball hinaus. Er fragt an, was bezüglich des gefälschten Gemälde Bürkels geplant sei.

Frau Veit erklärt, es gebe ein Programm für die Dauerausstellung für Schulen, Kindergärten und Privatpersonen.
Speziell zum Thema des gefälschten Bürkels habe es am 06.12.2019 eine Themenführung gegeben.
Aktuell werde geprüft, wie dies in die Ausstellung aufgenommen werden könne.

zu 3 Aufhebung der Fleischhygienekontrolle-Satzung Vorlage: 0881/III/32/2019

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 24.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Satzung der Stadt Pirmasens über die Erhebung von Gebühren nach Fleisch- und Geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften vom 09.11.2001 wird aufgehoben.

zu 4 Vollzug BauGB

**zu 4.1 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Aufstellung des Bebauungsplans P 200 „Zwischen Bitscher Straße
und Simter Straße“**

- 1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans P 200
„Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“
nach § 13 BauGB**
 - 2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
nach § 3 (2) BauGB**
 - 3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden
nach § 4 (2) BauGB**
- Vorlage: 0875/I/61/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Stadtplanungsamtes vom 16.10.2019.

Ratsmitglied Weber erklärt, diese Vorlage sei in Bezug auf das Einzelhandelskonzept zu sehen. Dies habe die erhofften Ziele der letzten Jahre nicht erreicht. Auch eine mögliche Klage gegen die Erweiterung des Outlet-Centers sei nicht von Bedeutung.

Ratsmitglied Hussong führt aus, das erste Einzelhandelskonzept sei durch Herrn Epple überarbeitet und vom Stadtrat als schlüssig befunden worden. Das neue Konzept schaffe Möglichkeiten für eine städtische Weiterentwicklung. Jedoch habe das Einzelhandelskonzept und die Erweiterung des Outlet-Centers keine Relevanz für diesen Bebauungsplan.

Ratsmitglied Eyrisch fügt hinzu, das Einzelhandelskonzept sei überarbeitet und als Instrument etabliert. Das Ziel sei der Schutz der Innenstadt.

Der Stadtrat beschließt bei 5 Gegenstimmen, mehrheitlich:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans P 200 „Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“ im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB wird beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans P 200 „Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“ (Anlage 3) ist Bestandteil des Beschlusses.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB am Bebauungsplan P 200 „Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“ (Anlage 4) zu beteiligen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden nach § 4 (2) BauGB am Bebauungsplan P 200 „Zwischen Bitscher Straße und Simter Straße“ (Anlage 4) zu beteiligen.

zu 5 Feststellung von Kostenvoranschlägen

zu 5.1 Umsetzung Paket 3 des Kanalsanierungskonzeptes Bezug: Feststellung des Kostenvoranschlages (Leistungsstand K3) Vorlage: 0889/II/66.3/2019

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Stadtplanungsamtes vom 16.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Umsetzung des Paketes 3 des Kanalsanierungskonzeptes wird zugestimmt und der Kostenvoranschlag vom November 2019 für die Kanalsanierung in der Blocksbergstraße, Fahnenstraße, Hohmärtelstraße, Kaiserstraße und der südlichen Ringstraße auf insgesamt

€ 990.000,00 brutto

festgestellt.

Die Verrechnung der Kosten erfolgt über den Wirtschaftsplan 2020 des Abwasserbeseitigungsbetriebes bei folgenden Auftragsnummern:

04210303190 für die Blocksbergstraße, 04210303180 für die Fahnenstraße, 04210302240 für die Hohmärtelstraße, 04210303080 für die Kaiserstraße und 04210303170 für die südliche Ringstraße.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung und Genehmigung des Wirtschaftsplans 2020 des Abwasserbeseitigungsbetriebes.

zu 6 Anträge der Fraktionen

zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.11.2019, bzgl. "Regionale Synergien in der Wirtschaftsförderung weiter stärken"

Der Antrag wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 1 beraten.

zu 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.11.2019, bzgl. "Schaffung von Möglichkeiten zum Sport- und Freizeitklettern"

Ratsmitglied Schwarz stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor (siehe Anlage 4 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende erklärt, er begrüße den Antrag, jedoch müssten einige Informationen über Eigentumsverhältnisse und Interessen der Anlieger eingeholt werden. Daher schlage er vor, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.
Alle Kletteranlagen müssten mit dem Kletterverband abgestimmt werden.

Ratsmitglied Vogel führt aus, die Idee sei gut, jedoch müssten zuerst einige Fragen, wie z.B. Haftung und Eigentumsverhältnisse, geklärt werden.

Ratsmitglied Eyrisch schlägt vor, sofern die vorgeschlagene Sandsteinwand nicht geeignet sei, könne die Idee des Antrags auch auf andere Flächen der Stadt ausgeweitet werden. So bitte sie auch verschiedene Betonwände zu diesen Zwecken zu prüfen.

Ratsmitglied Weber teilt mit, die vorgeschlagene Wand sei zugewachsen und brüchig. Die Sportart Klettern finde üblicherweise in der Natur statt und nicht an einer Hauptverkehrsstraße. Der Ablenkungsfaktor für PKW-Fahrer sei ebenfalls zu bedenken.
Die Idee des Antrags sei grundsätzlich gut, der vorgeschlagene Standort sei jedoch nicht geeignet.

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion „Schaffung von Möglichkeiten zum Sport- und Freizeitklettern“ in den Hauptausschuss zu verweisen.

zu 7 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 7.1 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

zu 7.2 Informationen

zu 7.2.1 Thüga Einkünfte Dr. Matheis

Der Vorsitzende berichtet, dem Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens, Herrn Dr. Matheis, sei der Aufhebungsbescheid der ADD mittlerweile zugestellt worden. Zudem sei die Stadt aufsichtlich zur Einleitung verjährungshemmender Maßnahmen aufgefordert worden.

Sofern Ablieferungsansprüche rechtmäßig bestünden, werde die Stadt Pirmasens diese geltend machen. Ob und in welcher Höhe die Ansprüche bestünden, hänge insbesondere auch von der Rechtmäßigkeit bzw. Bestandskraft des Aufhebungsbescheids der ADD ab.

Gegen den Bescheid habe Herr Oberbürgermeister a.D. Dr. Matheis Widerspruch eingelegt.

Um eine Verjährung von Ansprüchen auszuschließen, hätten die Stadt Pirmasens und Herr Dr. Matheis eine Verjährungsvereinbarung geschlossen.

So sei sichergestellt, dass der Stadt Pirmasens kein Schaden durch Zeitablauf entstehe. Außerdem bestünde damit die Möglichkeit, das Ergebnis des Widerspruchs- oder eines möglicherweise folgenden Klageverfahrens abzuwarten.

Unabhängig hiervon habe die Stadt Pirmasens ein förmlichesungsverfahren zur Feststellung der Höhe möglicher Ablieferungsansprüche eingeleitet. Herr Dr. Matheis habe bereits seine Mitwirkung bei der Ermittlung der Nebeneinkünfte zugesichert, so dass die konkrete Berechnung zeitnah erfolgen könne.

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 sei somit beantwortet.

zu 7.2.2 Schulungsbedarf Tablets

Der Vorsitzende informiert, die Ratsmitglieder hätten mit den neuen Tablets auch Schritt-für-Schritt-Anleitungen erhalten und fragt an, ob darüber hinaus noch weitere Schulungsbedarf bestünde.

Es wird kein Bedarf für weitere Schulungen benannt.

zu 7.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 7.3.1 Gelbe Säcke

Ratsmitglied Eyrisch bittet um Prüfung, ob die aktuell verwendeten gelben Säcke die einzige Alternative zur Entsorgung des Plastikmülls seien.

Eventuell könnten gelbe Tonnen eingesetzt, oder das Material der gelben Säcke angepasst werden, da diese sehr dünn seien und schnell reißen würden.

zu 7.3.2 Veruntreuung bei der Stadtverwaltung

Ratsmitglied Schwarz führt aus, Anfang September 2019 sei die Öffentlichkeit durch Herrn Oberbürgermeister Zwick über die Veruntreuung von Geldern im unteren bis mittleren 5-stelligen Bereich durch eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung informiert worden. Die Haushaltsjahre 2012 bis 2019 seien betroffen, wobei die Vorgesetzten keine Fehler gemacht hätten.

Er fragt an, wie der Sachstand in dieser Angelegenheit sei. Weiterhin bittet er um Mitteilung, wieso die Unregelmäßigkeiten nicht schon früher aufgefallen seien und ob hier eine Untätigkeit oder ein Versäumnis des Rechnungsprüfungsamtes vorliege.

Ratsmitglied Schwarz fragt weiter an, in welchem Rhythmus der Arbeitsbereich der Mitarbeiterin geprüft worden sei und wieso die Aussage getroffen werden könne, die Vorgesetzten hätten keine Fehler gemacht, wenn doch jedem Vorgesetzten eine Überwachungs- und Kontrollpflicht für die ihm unterstellten Beschäftigten obliege.

Der Vorsitzende erklärt, das Ermittlungsverfahren laufe aktuell noch.

zu 7.3.3 Gastronomie im alten Rathaus und Strecktal

Ratsmitglied Tilly erinnert an die Anträge bezüglich der Prüfung einer Möglichkeit ein gastronomisches Angebot im alten Rathaus und im Strecktalpark zu schaffen.

Beigeordneter Clauer gibt einen kurzen Zwischenstand und erklärt, er stehe im Kontakt mit der Universität Kaiserslautern, welche ein Projekt mit Vorschlägen für die beiden genannten Standorte ausarbeiten und eine grobe Kostenschätzung festlegen solle.

Dies sei für das kommende Sommersemester geplant, weshalb aktuell noch Gespräche mit der Universität geführt würden.

Der Antrag zum gastronomischen Angebot im alten Rathaus könne in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen weiter beraten werden.

zu 7.3.4 Standortinitiative

Ratsmitglied Eschrich bittet um Auflistung der Kosten, welche mit dem Wiedereintritt

in die Standortinitiative zusammenhängen und welche sicheren Gegenleistungen hierfür erwartet werden könnten.

Er fragt an, ob der im Jahr 2013 gefasste Beschluss des Stadtrates, aus der Standortinitiative auszusteigen, damit aufgehoben sei.

Der Vorsitzende bestätigt, der Stadtrat habe unter Tagesordnungspunkt 6.1 einen eindeutigen Grundsatzbeschluss gefasst, wodurch sich die Stadt Pirmasens wieder an der Standortinitiative beteilige.

Alle weitere Detailfragen, wie z.B. die damit zusammenhängenden Kosten, müssten nun im nächsten Schritt ermittelt werden und könnten in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen beraten werden.

zu 7.3.5 Schließung der Sparkassen-Filialen

Ratsmitglied Faroß-Göller teilt mit, die Sparkasse Südwestpfalz habe im Oktober über die Schließung einiger Sparkassen-Filialen informiert. Hiervon sei auch eine Filiale, bzw. der Bargeldautomat, auf der Ruhbank betroffen.

Ratsmitglied Faroß-Göller bittet, Kontakt mit der Sparkasse aufzunehmen und darum zu bitten, den Sparkasse-Bus auf der Ruhbank einzuplanen.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.30 Uhr.

Pirmasens, den 03. Dezember 2019

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Stephanie Clauer
Protokollführung